



Juli 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Gemäß den Daten, die von *borderline-europe* erhoben wurden, erreichten **1.479** Menschen auf der Flucht im Juli 2026 Italien auf dem Seeweg. Das entspricht einem deutlichen Rückgang von **47 %**¹ gegenüber den Zahlen von Juni. Auch im Vergleich zu den Daten des Vorjahres zeigt sich ein starker Rückgang der Ankünfte. Somit setzt sich der Trend, der bereits in den letzten Monaten beobachtet wurde, fort. Während im Juli 2025 mehr als **6.000** Menschen an Italiens Küsten ankamen, lagen die Ankünfte im Juli 2026 um **76 %** niedriger. Die Mehrheit der Menschen (**986** Personen bzw. **67 %**) kam in Sizilien an, vor allem in Lampedusa, was gegenüber Juni 2026 ebenfalls einen Rückgang darstellt. Der in den letzten Monaten beobachtete Trend, bei der die Ankünfte über das Land hinweg verteilt sind, setzt sich fort, mit steigenden Zahlen in der Toskana (**96**), Latium (**38**) und Ligurien (**170**). Dies ist ausschließlich auf die Zuweisung sicherer Häfen für zivile Seenotrettungsschiffe durch die italienischen Behörden zurückzuführen². Sizilien bleibt dennoch der wichtigste Ankunftsort.

Unseren Zahlen zufolge wurden im Juni **953** Personen (**65 %**) von italienischen Behörden gerettet, während insgesamt **370** Personen (**25%**) von zivilen Seenotrettungsdiensten gerettet wurden. Im Vergleich zu den Vormonaten stellt dies einen Rückgang der Rettungen durch zivile Seenotrettungsdienste dar, im Juni waren es noch **29%**. Frontex war an der Rettung von **122** Personen (**8%**) beteiligt. **15** Personen (**1%**) erreichten die italienischen Hoheitsgewässer (12 Seemeilen vor der Küste) eigenständig, ohne zuvor abgefangen oder gerettet worden zu sein. In diesem Monat wurden **19** Personen (**1 %**) von Handelsschiffen gerettet.

Nach offiziellen Angaben des italienischen Innenministeriums kamen im Juni **2.179** Personen in Italien an. Wir haben für diesen Monat niedrigere Ankunftszahlen ermittelt, möchten jedoch darauf hinweisen, dass wir keinen Zugang zu den Hintergrundinformationen oder Quellen haben, auf denen die veröffentlichten Zahlen vom Innenministerium beruhen. Wie bereits in unserem letzten CMI festgestellt, ist der allgemeine Rückgang der Ankünfte, der bereits in den vergangenen Monaten zu beobachten war, keine Dynamik, die auf Italien beschränkt ist, sondern Teil eines größeren globalen Trends.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres ist die Zahl der irregulären Überfahrten auf der zentralen Mittelmeerroute im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2025 um **52%** gesunken. Frontex hat bereits [den niedrigsten Stand seit 2021 gemeldet](#). Dies ist jedoch nicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen oder die Lösung von Krisen zurückzuführen, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen. Vielmehr liegt es an einer Verschlechterung, die politisch bedingt ist, der Bedingungen für Menschen auf der Flucht. So nehmen beispielsweise die Abfangaktionen zu, wodurch es für Menschen schwieriger wird, auf sichere und würdevolle Weise ein besseres Leben zu suchen.

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentsätze auf die Gesamtzahl der Personen, die in diesem Monat auf dem Seeweg in Italien angekommen sind.

² Die italienischen Behörden weisen zivilen Seenotrettungs-NGOs bewusst weit entfernte sichere Häfen zu, um deren Arbeit zu erschweren..

Überblick über die von borderline-europe erhobenen Daten ³	
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Italien auf dem Seeweg	1,479
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Sizilien	986
Rettungen durch italienische Behörden und Frontex	1,075
Rettungen durch NGOs	370
Eigenständige Ankünfte von Menschen auf der Flucht	15
Rettungen durch Handelsschiffe	19

Wege nach Europa

Die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien sind die wichtigsten Ausgangspunkte für die Überfahrt nach Italien. Im Juli sind mindestens **1.109** Personen, die in Italien angekommenen sind, von Libyen aus aufgebrochen, während **60** Personen von Tunesien aus aufgebrochen sind² (FN: Die Zahl dürfte deutlich höher liegen, da es zuletzt nur wenige Informationen über Abfahrten oder Abfangaktionen aus Tunesien gab). Von **310** Personen ist der Abfahrtsort unbekannt.

Tunesien

In diesem Monat lagen zwei traurige Jahrestage in Tunesien nur wenige Tage auseinander: der [Selbstputsch von Präsident Kais Saied](#) am 25. Juli 2021 und die Unterzeichnung der [Absichtserklärung](#) (Memorandum of Understanding) zwischen Tunesien und der EU des 16. Juli 2023.

Nachdem Saied 2019 die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, [setzte er 2021 das Parlament aus](#) und konzentrierte zunehmend die exekutive Macht in seinen eigenen Händen. Mit der [2022 verabschiedeten Verfassung](#) wurde die Position des Präsidenten weiter gestärkt, während die Befugnisse von Parlament und Justiz erheblich eingeschränkt wurden. Innerhalb kurzer Zeit wurde dadurch das institutionelle Gleichgewicht, das seit 2011 schrittweise aufgebaut wurde, weitgehend zerschlagen.

Seither ist die politische Ordnung in Tunesien von einer Reihe sich [zuspitzen der Krisen](#) geprägt. Diese reichen von einer drastischen Verschlechterung der sozioökonomischen Lage und unzureichend abgesicherten Grundversorgung bis hin zu weitverbreiteter Repression politischer Gegner:innen und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen. Die autoritäre Entwicklung des Landes und seine vielfältigen Krisen kristallisieren sich in der [Instrumentalisierung von Migration](#) durch die politische Führung heraus, insbesondere durch Präsident Saied selbst.

³ Die Daten werden ohne Gewähr bereitgestellt, da die Dunkelziffer erheblich höher liegen könnte.

Seit seiner [rassistischen Rede von 2023](#), in der er die Ankunft von Menschen aus Subsahara-Afrika als angebliche Verschwörung zur Veränderung der demografischen Zusammensetzung des Landes bezeichnete, wird versucht, Menschen auf der Flucht als Ursache der innenpolitischen sozioökonomischen Missstände darzustellen. Die tunesischen Behörden verfolgen dies mit einer bisweilen grenzenlos erscheinenden Brutalität: massive Gewalt, [Vergewaltigungen](#), [Massenabschiebungen](#) (unter dem Deckmantel angeblicher „[freiwilliger Rückkehr](#)“), das Aussetzen von Schutzsuchenden in der Wüste und Zwangsabschiebungen nach Libyen.

Am [diesjährigen Tag der Republik](#) versammelten sich daher Tausende Tunesier:innen in der Hauptstadt, um gegen die politische Führung und die sich zunehmend verschlechternden Lebensbedingungen zu demonstrieren, die zuletzt durch weitverbreitete Brände und die daraus resultierenden Strom- und Wasserausfälle noch verschärft worden waren. Der [Protestmarsch](#) war der jüngste in einer Reihe von Demonstrationen, bei denen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungs- und Berufsgruppen trotz zu erwartender harter Repression unermüdlich gegen „[Ungerechtigkeit und Unterdrückung](#)“ sowie gegen die [Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit](#) protestieren und sich für die [Unabhängigkeit der Justiz](#) einsetzen.

Vor dem Hintergrund dieser innenpolitischen Entwicklungen und der umfassend dokumentierten schweren Menschenrechtsverletzungen, die die tunesische Regierung bewusst gegen Menschen auf der Flucht sowie gegen Personen vermeintlich subsaharischer Herkunft und politische Gegner:innen begeht, erscheint die anhaltende Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit der tunesischen Regierung im Bereich der „Migrationsabwehr“ sowie die Einstufung Tunesiens als „[sicheres Herkunftsland](#)“ mehr als zynisch.

Anlässlich des dritten Jahrestags der [Absichtserklärung](#) zwischen der EU und Tunesien unterzeichneten 46 Menschenrechtsorganisationen, darunter *borderline-europe*, eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Kommission und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufforderten, „[die Unterstützung für Tunesien, insbesondere für dessen Sicherheitskräfte, im Bereich der Grenzkontrolle und der Steuerung der Migrationsströme umgehend auszusetzen](#)“.

Trotz der oben beschriebenen schweren Menschenrechtsverletzungen hat die EU im Rahmen ihrer bisherigen Zusammenarbeit bereits rund [105 Millionen Euro](#) zur Unterstützung der Grenzkontrollen in Form von Schiffen, Ausrüstung, Ausbildung und operativer Unterstützung für die tunesische Küstenwache und die tunesischen Sicherheitskräfte bereitgestellt.

Ein Land, das buchstäblich [Jagd auf Migrant:innen](#) macht, in dem [kein funktionierendes Asylsystem](#) existiert und das derzeit vor dem [Afrikanischen Gerichtshof](#) für Menschenrechte und Rechte der Völker wegen seiner schweren Menschenrechtsverletzungen verklagt wird (siehe auch unser letztes CMI) und sich vor dem [UN-Menschenrechtsrat](#) verantworten muss, kann unter keinen Umständen als Partner der Europäischen Union gelten, geschweige denn als „sicheres Herkunftsland“. Die EU und ihre einzelnen Mitgliedstaaten müssen ihre Komplizenschaft mit dem autoritären Regime Tunesiens beenden, indem sie jegliche finanzielle, operative oder diplomatische Unterstützung sofort einstellen.

Tote & Vermisste

Im Juli ist die Zahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer im Vergleich zum Juni deutlich zurückgegangen. Unseren Zahlen zufolge starben im Juli **8** Menschen auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, und das Schicksal von **50** Personen ist ungeklärt, wobei von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen ist. In diesem Monat verzeichnen wir keine Vermisste. Im Vergleich zum Juni ist die Zahl der dokumentierten Todesfälle zurückgegangen. Alle Todesfälle wurden entlang der libyschen Küste dokumentiert, als Folge des Versuchs, das Mittelmeer auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa zu überqueren. Die meisten Todesopfer dieses Monats gehen auf zwei Vorfälle zurück, die sich um den 13. Juli ereigneten.

Am 13. Juli brachen etwa 50 Menschen mit einem stark überladenen Boot in Richtung Lampedusa auf. Nach einigen Stunden auf See sank das Boot vor der [Küste Ostlibyens](#) und riss die Menschen an Bord mit sich ins Meer. Zehn Personen konnten sich schwimmend auf die libysche Insel Al Bardaa retten, die übrigen 40 werden noch vermisst. In den folgenden Tagen wurden drei Leichen an der libyschen Küste angespült; ob es sich dabei um Opfer dieses Schiffbruchs handelte, ist unklar. Die 10 Überlebenden wurden nach Libyen zurückgebracht, in das Land, das sie eigentlich verlassen wollten und in dem ihnen willkürliche Inhaftierung und schwere Gewalt drohen. 24 Stunden zuvor war vor der libyschen Küste ein Boot mit 28 Menschen an Bord gesichtet worden; nach der Rettung wurden vier Leichen geborgen. Die 24 Überlebenden gaben an, [zwei Wochen](#) lang auf dem Meer getrieben zu sein. Alle befanden sich in sehr kritischem Zustand und wurden umgehend in Krankenhäuser auf dem libyschen Festland gebracht. [Die libyschen Behörden haben nicht bekanntgegeben](#), wie viele letztlich überlebt haben. Die Überlebenden sehen sich nun in dem Land, das sie verlassen wollten, mit Kriminalisierung, Inhaftierung und Gewalt konfrontiert.

Obwohl eine offizielle Frontex-Erklärung den Rückgang der Ankünfte in Italien mit der laufenden Zusammenarbeit mit Partnerländern und präventiven Maßnahmen in den wichtigsten Abfahrtsländern in Verbindung bringt, verschweigt sie, dass dies größtenteils auf die zunehmenden Abfangaktionen zurückzuführen ist. Auch andere Faktoren werden erneut nicht berücksichtigt. Nach Angaben der IOM starben von Anfang Januar bis Ende Juni [mindestens 872 Menschen](#) beim Versuch, das zentrale Mittelmeer zu überqueren, ein Anstieg um mindestens 57 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2025.

Zu der verstärkten Zusammenarbeit mit Partnerländern zählen strikte Abschreckungsmaßnahmen, die EU-Staaten in den vergangenen Jahren ergriffen haben, um Migrationsbewegungen einzudämmen. Dazu zählen etwa die Unterzeichnung der [Absichtserklärung](#) mit Tunesien, das im Juli 2023 unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Abfahrten von bestimmten Küstenabschnitten, wie dem tunesischen Hafen Sfax, der einst ein beliebter Abfahrtsort war, [drastisch zurückgegangen](#) sind. Menschen, die einen Weg über das Meer suchen, haben sich stets angepasst und weichen auf weniger kontrollierte Gebiete und neue Transitrouten aus. Häufig wird dabei beobachtet, dass diese alternativen Routen länger, komplexer und tödlicher werden. Diese Todesfälle sind eine direkte Folge eines gewaltsamen Grenzregimes, das durch Abfangaktionen und Im-Stich-Lassen gekennzeichnet ist und aktiv von der EU unterstützt und finanziert wird.

Push- und Pullbacks:

In diesem Monat verzeichneten wir **1.230** Push-und Pullbacks im zentralen Mittelmeer, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt oder geschleppt wurden. Alle abgefangenen Personen wurden nach Libyen zurückgebracht. Diese Zahlen sind nicht als gesichert anzusehen, da die tatsächliche Zahl deutlich höher liegen dürfte und es vermutlich auch Abfangaktionen bzw. Pullbacks in andere Abfahrtsländer wie Tunesien gibt.

Im Vergleich zum Juni 2026, als **1.090** Interceptions⁴ registriert wurden, ist die Zahl der dokumentierten Pullbacks in diesem Monat leicht gestiegen. Besonders hoch war die Zahl der Interceptions, die wir in den Tagen vor dem bereits erwähnten Schiffbruch dokumentierten. Allein vom 10. bis 13. Juli zählten wir 14 Interceptions, bei denen insgesamt mindestens 491 Menschen nach Libyen zurückgebracht wurden.

Diese Entwicklungen verdeutlichen weiterhin die systematische Praxis, Asylsuchende auf der zentralen Mittelmeerroute von sicheren Häfen fernzuhalten, sowie die anhaltend hohe Gefahr für Geflüchtete auf See.

Ziviler Widerstand

Im Juli waren 8 Schiffe der zivilen Flotte im zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten insgesamt 370 Menschen aus Seenot (25 % der Ankünfte), was ein Rückgang von 24 % gegenüber dem Vormonat darstellt.

Mehrfachrettungen

In diesem Monat führte die NGO Sea-Watch eine Mehrfachrettung durch. Bei ihrem ersten Einsatz, nachdem die Sea-Watch 5 am 11. Mai unter Beschuss der sogenannten libyschen Küstenwache geraten war, rettete das Schiff vom 8. bis 9. Juli in zwei aufeinanderfolgenden Einsätzen insgesamt [52 Menschen](#) aus Seenot. Bevor die Besatzung mit den Rettungen beginnen konnte, unternahm die sogenannte libysche Küstenwache einen weiteren [Einschüchterungsversuch](#) und forderte die Organisation auf, den Kurs zu ändern. Dennoch gelang es dem Schiff, die 40 Personen des ersten Bootes, die sich in akuter Seenot befanden, an Bord zu nehmen. Unter ihnen befanden sich eine hochschwangere Frau und ihre 17-jährige Cousine. Aufgrund des kritischen Zustands im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft in der 37. Woche wurden beide von der italienischen Küstenwache von der Sea-Watch 5 evakuiert und in [eine Klinik auf Lampedusa](#) gebracht. Am folgenden Tag fand eine zweite Rettung statt, bei der insgesamt 12 Personen gerettet wurden. Anstatt in den Hafen von Lampedusa einlaufen zu dürfen, der den Rettungsorten am nächsten liegt, wurde der Einsatz der Organisation erneut von den italienischen Behörden erschwert. Die Besatzung musste mit 50 Personen an Bord eine viertägige Fahrt zum ihr [zugewiesenen Hafen](#) von Carrara antreten.

⁴ gemeint sind gewaltsame Zwangsrückführungen auf See in ein Drittland. So führt beispielsweise die sogenannte libysche Küstenwache, die größtenteils von Italien und anderen EU-Mitgliedstaaten finanziert und ausgerüstet wird, Abfangaktionen durch, indem sie Boote auf ihrem Weg nach Europa abfängt und zwangsweise nach Libyen zurückbringt.

Kriminalisierung der Seenotrettung:

Festsetzungen:

In diesem Monat kam es zu zwei Festsetzungen von Seenotrettungsschiffen der NGOs Compass Collective und Louise Michel nach deren Einsätzen im zentralen Mittelmeer.

Trotamar III:

Nachdem die Trotamar III der NGO Compass Collective nach der Rettung von 25 Personen am 30. Juni im Hafen von Lampedusa angelegt hatte, wurde sie mit einer Entscheidung der italienischen Behörden konfrontiert, die eine 45-tägige Festsetzung anordnete. Zudem folgte am 8. Juli die Forderung einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro. Der Vorwurf: fehlende Kommunikation mit den libyschen Behörden über den Rettungseinsatz, obwohl das Maritime Rescue Coordination Centre (MRCC) unmittelbar nach Sichtung des Schlauchboots [ordnungsgemäß informiert](#) worden war. Während der Rettung erreichte ein Boot der sogenannten libyschen Küstenwache den Rettungsort und nach Angaben der Compass Collective wurde dadurch höchstwahrscheinlich ein [illegaler Pushback nach Libyen verhindert](#). Die NGO argumentiert, dass eine Kommunikation mit dem libyschen Rettungsleitzentrum, das faktisch unter der Kontrolle von Milizen steht, dazu hätte führen können, dass die [Menschen nach Libyen zurückgebracht würden](#). Das heisst in ein Land, das Menschenrechte missachtet und keinen sicheren Hafen bieten kann. Eine Kommunikation kam für die Organisation daher nicht in Frage.

Am 30. Juli erzielte die NGO einen Teilerfolg vor Gericht. Nach einem Eilrechtsbehelf gegen die Entscheidung der italienischen Behörden wurde die Trotamar III [nach 29 Tagen Festsetzung freigelassen](#).¹⁶ Tage bevor die Anordnung ursprünglich auslaufen sollte. Das Gericht in Agrigent bestätigte jedoch die Geldstrafe, gegen die Compass Collective weiterhin rechtlich vorgeht, und hat eine [Spendenkampagne](#) zur Deckung der Prozesskosten gestartet.

MV Louise Michel:

In der Nacht des 23. Juli gelang es dem gleichnamigen Schiff der NGO Louise Michel, 6 im Wasser treibende Menschen zu retten und an Bord zu nehmen. Die geretteten Personen gaben an, kurz zuvor von der sogenannten libyschen Küstenwache mit vorgehaltener Waffe gezwungen worden zu sein, ins Wasser zu springen. Als die MV Louise Michel den Ort erreichte, sah die Besatzung nur noch ein Schnellboot, das sich in Richtung Süden entfernte. Nach der Übergabe der 6 Überlebenden an ein Küstenwachtschiff in Pozzallo wurde die Besatzung darüber informiert, dass ihr Schiff im Rahmen des Piantadosi-Dekrets festgesetzt werde. Als Begründung wurde angegeben, die Besatzung habe die behördliche Anweisung missachtet, den Hafen von Catania anzulaufen, wofür sie angeblich genügend Treibstoff an Bord gehabt habe. Die NGO hatte einen Tag zuvor erklärt, dass der Treibstoff unter die Sicherheitsreserve des Schiffs fallen würde, wenn sie den gesamten Weg nach Catania zurücklegen müsste, woraufhin ihnen der näher gelegene Hafen Pozzallo zugewiesen wurde. Nach Angaben der NGO steckt weit mehr hinter der Festsetzung als der korrekte Treibstoffbericht. Es gehe vielmehr um die schwindende Verantwortung Italiens und der EU, Menschenleben zu retten, sowie darum, dass sie „bereitwillig zulassen, dass libysche Milizen Menschen zurückholen, um sie zu foltern und zu misshandeln“.

Geplante Seeblockade

Die Einschränkung und mögliche Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung in Italien könnte durch den neuen Gesetzentwurf weiter verschärft werden. In einem offenen Brief an die italienische Regierung vom 6. Juli 2026 äußerten sechs UN-Expert:innen⁵ Bedenken hinsichtlich des am 14. April 2026 eingebrachten [Gesetzentwurfs](#). Mehr dazu lesen Sie in unserem [Scirocco](#).

⁵ Mandate mehrerer Sonderberichterstatter*innen, unter anderem zum Thema Menschenhandel

Die UN-Expert:innen warnen, dass die geplanten Maßnahmen die Arbeit von Seenotrettungsorganisationen behindern und den Zugang zu internationalem Schutz erheblich erschweren könnten. Besonders kritisiert werden die Bestimmungen zu Grenzkontrollen, die sogenannte „Seeblockade“ sowie die mögliche Festsetzung von Rettungsschiffen für bis zu 6 Monate. Zudem äußern sie Bedenken hinsichtlich der Überstellung geretteter Menschen in sogenannte Drittländer sowie möglicher Verstöße gegen internationales Menschenrechts- und Flüchtlingsrecht.

Seit 2023 wurden NGO-Seenotrettungsschiffe in [Italien mindestens 42 Mal](#) festgesetzt. Eine weitere Ausweitung solcher Maßnahmen wird die zivile Seenotrettung noch weiter erschweren und die humanitäre Hilfe im Mittelmeer erheblich behindern.

Sea-Watch reicht Eilklage beim Verwaltungsgericht Berlin ein

Nachdem die Sea-Watch 5 am 26. September 2025 und erneut am 11. Mai dieses Jahres wiederholt von der sogenannten libyschen Küstenwache bedroht und beschossen wurde, geht die gleichnamige NGO nun vor [das Verwaltungsgericht Berlin](#). Die Klage betrifft die Verpflichtung der deutschen Regierung, [wirksame Maßnahmen zum Schutz von](#) Seenotrettungsschiffen unter deutscher Flagge zu ergreifen. Der Vorwurf betrifft die finanzielle und operative [Unterstützung der EU für die libyschen Behörden](#) trotz eindeutig dokumentierter Menschenrechtsverletzungen. Eine Entscheidung wird für [Anfang August](#) erwartet.

Verleumdungskampagne gegen Sea-Watch

Gleichzeitig sieht sich Sea-Watch derzeit mit einer Verleumdungskampagne konfrontiert, die [von rechtsextremen Medien wie Il Giornale vorangetrieben und von der Bild-Zeitung sowie der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel](#) weiter verstärkt wird. Im Mittelpunkt steht ein taktisch geschnittenes, von Frontex veröffentlichtes Video, das angeblich zeigt, dass die NGO mit „illegalen Schleusern“ zusammenarbeitet. Hintergrund des Vorwurfs ist der schwierige Rettungseinsatz der Sea-Watch 5 am 11. Mai, kurz bevor das Schiff von der sogenannten libyschen Küstenwache beschossen wurde, bei dem das Schiff mit maskierten Angehörigen libyscher Milizen konfrontiert war. Wenn überhaupt von Absprachen mit gewaltbereiten Milizen die Rede sein sollte, dann müsse es um das Abkommen der EU mit Libyen gehen, erklärt Sea-Watch in seiner [offiziellen Stellungnahme](#). Die Organisation lässt sich weder durch das gegen den Kapitän der Sea-Watch 5 eingeleitete [Strafverfahren](#) noch durch diese Verleumdungskampagne davon abhalten, [weiterhin Leben zu retten](#).

Die Entwicklungen dieses Monats machen erneut deutlich: Die zivile Seenotrettung befindet sich an einem kritischen Wendepunkt. Sowohl offizielle Behörden als auch mehrere Medienakteure tun alles, um NGOs und all jene zu kriminalisieren, die Menschen in Seenot unterstützen wollen. Dies steht im Widerspruch zu der steigenden Zahl an Schiffbrüchen und Todesfällen, die sich jeden Monat im zentralen Mittelmeer ereignen. Während die Behörden ihre Ressourcen in die ständige Verwaltung von Festsetzungen und Verurteilungen gegen NGO-Schiffe stecken, trifft es die flüchtenden Menschen am härtesten. Die Toten im Mittelmeer werden nicht aufhören, solange es keine sicheren und legalen Einreisewege gibt. Bis dahin bleibt die Arbeit der zivilen Seenotrettung unverzichtbar.

Kontakt:

Ins Deutsche übersetzt von Johanna Hiendl.

Palermo Büro
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de